

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter



Die linke Gefahr

Das Leichengift der gescheiterten Linken



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Die linke Gefahr
Das Leichengift der
gescheiterten Linken

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage April 2019

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorwort	6
2. Wovon wir reden. Was heißt „links“? Progressiv gegen konservativ	8
3. Die nationalen Gründe einer zeitweiligen linken Meinungsführerschaft	14
4. Die Linken im Spiegel der Kritik und Selbstkritik	16
5. Die SPD rückt nach links	20
6. Die Schwäche der Rechten	21
7. Das Fazit	22
8. Der Autor	25
9. Ausgewähltes Literaturverzeichnis	26

Vorwort

Diese Schrift behandelt eine unerfreuliche Zeiterscheinung, deren Gegenstand der Titel nennt. Es geht hier darum, zu warnen und zur Selbstbehauptung aufzurufen. Die etablierten politischen Bewegungen in Deutschland bezeichnen ihre politische Ordnung als eine „streitbare Demokratie“. Das beruhte einstmals, vor Jahrzehnten, auf einem antitotalitären Verständnis. Das heißt, die streitbare Haltung richtete sich gegen Extremisten von links und von rechts gleichermaßen. Islamistischen Extremismus gab es damals noch nicht, und angesichts der „realsozialistischen“ politischen Systeme des Ostblocks galt die antiextremistische Aufmerksamkeit damals sogar in erster Linie dem linken Extremismus. Das hat sich seit der Neuvereinigung Deutschlands 1990, dem Ende des staatlich organisierten „Realsozialismus“, geändert. Der Antitotalitarismus verschwand, und ein einseitiger Antifaschismus blieb übrig. Damit wurde eine von der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der späteren DDR, 1945 begründete Grundsatzhaltung für Gesamtdeutschland reaktiviert. Damals wurden in der SBZ die neugegründeten Parteien – die SED, CDU, LDP später die NDPD und die Demokratische Bauernpartei – im „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammengefaßt. Auch die erste Geschichtsepoche der DDR wurde von deren Geschichtsschreibung offiziell als „antifaschistisch-demokratische Periode“ (1945-1952, später auf 1949 verkürzt) benannt. Bezeichnend, daß der „Antifaschismus“ als Tarnung für die sozialistische Umgestaltung diente. Die „Bodenreform“, die Enteignung von Betrieben und Banken, die terroristische Ausschaltung des Bürgertums galt nicht als Maßnahme sozialistischer Umgestaltung, sondern als Kampf gegen „Junker und Faschisten“. Dies diente der demokratischen Tarnung. Erst ab 1952 wurde offen von der neuen Phase des „Aufbaues des Sozialismus“ gesprochen.

Hier wird ein Thema behandelt, dessen Gegenstand im Fluß ist. Laufende Veränderungen machen Feststellungen schwierig. Deshalb sei betont, daß hier nichts Vollkommenes geboten werden kann, aber der Leser möge die Schilderung als Anregung zum Weiterdenken betrachten. Augen auf! Paßt auf und handelt! Die Linken waren als ideologische Bewegung 1989/91 pleite – aber sie hatten nach wie vor ihre Posten in Institutionen und Medien (Presse, Funk, Fernsehen) bewahrt.

Bei der Lektüre der Broschüre „Die Linken¹“ zögert der kritisch-aufmerksame Leser, weil doch der völlige Zusammenbruch der Linken behauptet wird. Stimmt das? Müßte es nicht heißen „neues Leben blüht aus den Ruinen“? Denn nach dem heutigen Erkenntnisstand muß der Leser bemerken, daß es sich um eine Halbwahrheit handelt. Gewiß – die Linken, nicht bloß die SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ – sind gebrochen, zerbrochen, zerfallen, was ihre Machtstellung, ihre politische Rolle betrifft. Es handelt sich um einen politischen Zusammenbruch. Aber dennoch: Die vielen lukrativen Posten, die infiltrierten kommunalen, halbstaatlichen und staatlichen Herrschaftsapparate und vor allem sehr viele Funktionen in den gesellschaftlichen audiovisuellen Medien (Funk, Fernsehen, Presse) – das ist erhalten geblieben. Diese Positionen werden mit großer Hartnäckigkeit verteidigt. Soweit so schlecht. Aber warum und wodurch ist das zustande gekommen? Die Antwort ist eindeutig: Es liegt ein doppelter Wirkfaktor vor: Der Antifaschismus als Ideologie-Restbestand und die Feigheit und Dummheit des bürgerlichen Establishments und an der Defensivhaltung der „Rechten“, der Nationalkonservativen.

Wir leben seit langem in einer Zeit der Krise. Das bedeutet Auflösung bisher gültiger, verhaltensbestimmender gesellschaftlicher Strukturen – Werte – Konventionen (das sind verhaltensprägende Gewohnheiten) – sozialen Milieus (Klassen, Parteien, Verbände) – und von Ritualen (das sind Maßstäbe des Umganges miteinander). Alles ändert sich, und das verursacht Unsicherheit, Orientierungslosigkeit, aber auch den Wunsch nach Neuorientierung. Wir leben in einer Zeit eines epochalen Wandels. In einer neuen Epoche gilt es, die Welt neu zu denken. Muß das erklärt werden? Also ein Beispiel: Es geht darum, ein neues Weltbild bewußt-zumachen. Das bisherige Verständnis ist überholt, die bislang gültigen Begriffe greifen nicht mehr, d. h., sie verlieren ihre Aussage- und gesellschaftliche Bindungskraft.

Es sei noch einmal betont, daß in dieser Situation eines wirbelnden Erneuerungswandels diese Darstellung nicht den Anspruch erheben kann, endgültige Feststellungen, eindeutige Ergebnisse zu liefern. Wir müssen uns immer über unser Leben in einer Zeit epochalen Wandels klar sein, vergleichbar dem historischen Umbruch von der Nomadenkultur der Jäger und Sammler zur Kultur der seßhaften Ackerbauern in

¹ Hans-Helmuth Knütter: Die Linken. Gebrochen, zerbrochen, zerfallen. Herausg. von den Deutschen Konservativen, Juni 2018, 33 Seiten

der Vorgeschichte. Auch vergleichbar mit dem Wandel von der ständisch gegliederten Agrargesellschaft zur klassengegliederten Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert. So stehen wir heute, in einer Zeit des rasanten technologischen Fortschritts, vor einer neuen Epoche der Digitalisierung, der Robotertechnik und der technischen Globalisierung mit noch unabsehbaren ökonomischen, sozialen und politischen Folgen. Deshalb kann das hier als Erklärung Vorgelegte nur als Versuch gelten. Das sei nachdrücklich betont. Seine Rechtfertigung findet dieser Versuch in der Notwendigkeit, den Zeitgenossen eine Ortsbestimmung der Gegenwart zu verschaffen, um die Orientierungslosigkeit zu mildern und dem Orientierungsbedürfnis zu dienen. Wie gesagt, ohne Anspruch auf ein für allemal sichere Aussagen. Es bleibt beim Versuch der Aufklärung. Er erfolgt in der Hoffnung auf Verbesserung und Ergänzung.

2. Wovon wir reden. Was heißt „links“? Progressiv gegen konservativ

Wir leben heute in einer seltsamen Welt. Weltbilder, das Weltverständnis, wandeln sich, eine Pluralität von z. T. widersprüchlichen Ideen entsteht und verändert die existenziellen Vorstellungen der Zeitgenossen. Es ist deshalb angebracht, sich über diese Änderungen Klarheit zu verschaffen, und sich Gedanken über den Wandel von Ideen zu machen. Ideen sind Gedankenbilder. Der Mensch, homo sapiens, stellt sich seine Umwelt vor. Ideen sind also Vorstellungen von einer Wirklichkeit, die aber (noch) nicht real existiert, sondern nur in der Vorstellung. Die Realität existiert als Gedankenbild. In der Sprache der Soziologie nennt man das „virtuell“. Ideen entstehen als Reaktionen auf Umweltreize. Sie schweben scheinbar bindingslos in Zeit und Raum. Gerade eine Bindung an feste Strukturen brauchen sie aber, um Bestand (Dauer) und Wirkung (auf Herzen und Hirne) zu gewinnen und dann das Verhalten des Einzelnen zu beeinflussen. Diese Strukturen sind menschliche Zusammenschlüsse: Nationen, Kulturgemeinschaften, religiöse Gruppen, Familien, Parteien, Verbände, Versammlungsorte, audiovisuelle Medien als Stütze der Ideenträger und Verbreiter. Diese organisatorische strukturelle Verfassung bewirkt eine Stabilität, ohne die reine Ideen zerflattern wie Rauch im Winde. Selbst wenn die Ideen sich wandeln, an geistiger Bindekraft verlieren, verschwinden sie nicht, sondern werden durch die Organisationsstrukturen stabilisiert. Ihre Wirkung wird aufrechterhalten. Allerdings schrumpfen sie, wie das

Beispiel des Verfalls des hochtheoretischen Marxismus als geistige Grundlage der linken Weltbewegung beweist. Der Marxismus ist mit seinem Anspruch, eine wissenschaftliche Deutung der sozialen Existenz zu bieten, blamabel (!) gescheitert. Die Anhänger der verschiedenen linken Strömungen existieren in zahlenmäßig beschränktem Umfang weiter. Ideologisch noch stärker geschrumpft, ziehen sie sich auf die Selbst-Identifizierung durch Feindbilder zurück. Sie wissen nicht mehr genau, was sie wollen – positive Ziele waren Emanzipation von gesellschaftlichen Zwängen, freie Menschen in einer freien Gesellschaft, Weltverbesserung durch Optimierung der Menschen und der Menschheit. Aber sie wissen, was sie nicht wollen: Kampf gegen alle, die als Gegner definiert werden, die „Rechten“, die Konservativen, die das Alte, angeblich Verderbte, aufrechterhalten wollen. Vor allem: Kampf gegen den „Faschismus“, der angeblich eine Weltbedrohung darstellt, weil er Ungleichheit in sozialer und rassistischer Hinsicht vertritt. Die ganze, ehemals positive, konstruktive Zielsetzung schrumpft auf bloße Verneinung. Auch die Rechtfertigung der Gewalt zur Durchsetzung der Negativziele ist ein Kennzeichen dieser geschrumpften Linken.

Die Linke ist 1989/91 angesichts ihres völligen Zusammenbruchs des politischen, strukturellen, moralischen, ideologisch überzeugenden Anspruchs scheinbar als tot erschienen. Der um 1990 in Niedersachsen tätige Innenminister Stock (CDU) tat damals gegenüber dem Versuch, die Situation der Linken zu analysieren, den Ausspruch: „Ich weiß gar nicht, warum Sie das tun. Der Sozialismus ist doch so tot, töter geht es gar nicht.“ Der Mann hat sich geirrt. Die Linke hat sich auf niederem Niveau behauptet. Gerade deshalb muß die Frage geklärt werden, was sich im Verständnis der Bezeichnung „links“ geändert hat.

„Links“ hat heute eine andere Bedeutung gegenüber dem früheren Verständnis vor 1933, vor 1945, vor 1968 und vor 1989/91. Dann kam der große Schlag des Zusammenbruchs des „Realsozialismus“. Hauptstütze heutiger Linker ist der „Antifaschismus“. Zwar hat er auch schon vor 1989 eine zentrale Bedeutung gehabt. Versuche einer Bewältigung des „Faschismus“ hat es bereits seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts gegeben. Aber während nach 1991 alle Illusionen über eine klassenlose Gesellschaft dahinschwanden, ist der Antifaschismus als einzige Stütze der Linken geblieben. Die „Faschisten“ galten schon früh als Prätorianergarde des Kapitals. Die von der sozialistischen Arbeiterbewegung bedrohten Kapitalisten heuern nach dieser Theorie die

Faschisten an, um die Bedrohung durch den aufstrebenden Sozialismus mittels einer ebenfalls sozialistisch auftretenden Garde propagandistisch und durch Gewalt niederzuhalten. Deshalb muß jeder Sozialismus antifaschistisch sein und jeder Antifaschismus sozialistisch. Allerdings wird das Wort „Antifaschismus“ als hohles Schlagwort gebraucht. Die chinesischen Maoisten haben schon lange vor 1989 die Moskauer Kommunisten als „Faschisten“ bezeichnet. Im nachkommunistischen Rußland verwendet der Staatschef Putin gegen die Machthaber der Ukraine den Faschismusvorwurf (und umgekehrt). Die griechische Presse hat 2010 und in den folgenden Jahren gegen Bundeskanzlerin Merkel und den damaligen Bundesfinanzminister Schäuble Faschismusvorwürfe erhoben. Auch in Polen wurde gegen den Bund der Vertriebenen und dessen damalige Präsidentin Erika Steinbach die Faschismuskeule benutzt. In Deutschland hat sich die CDU des Faschismusvorwurfs bei der Abwehr der NPD bedient. Und selbst in der rechten „Alternative für Deutschland“ bemüht man sich um eine Immunisierung gegen die Vorwürfe des Faschismus und der in dessen Tradition stehenden Rechtstendenzen. Der in der DDR als Blockideologie schon immer verwendete Antifaschismus hat das Ende dieses Systems überlebt – eine gesamtdeutsche Klammer. Die etablierten, sich als „demokratisch“ bezeichnenden Parteien benützen den Antifaschismus als politische Grundlage, auch wenn sie verhüllend oft von einer antirechten Einstellung („Kampf gegen Rechts“) sprechen. Die Partei „Die Linke“ ist auf diese Weise als Partner der etablierten Parteien anerkannt. Im manipulativen Gebrauch des Schlagwortes „Antifaschismus“ liegt die Basis für den Einfluß der heutigen Linken und der Partei „Die Linke“.

Kurze Zusammenfassung:

1. Die heutige Linke besteht aus den etablierten Parteien (SPD, Grüne, Teile der CDU) auch der Partei „Die Linke“, sowie zahlreichen kleinen Splittergruppen, aber auch aus Verbänden wie dem DGB. Hinzukommen unorganisierte linksliberale Bürger. Sie haben von der technologischen Modernisierung und der Europäisierung profitiert. Deshalb sind sie offen für Neuerungen und gegen Eingrenzungen jeder Art. Sie neigen zur Auflösung aller Einbindungen. Man sollte von den Vertretern dieser Gruppe eher von „Progressisten“ als von „Linken“ oder gar von „Sozialisten“ sprechen. Sie vertreten eine undogmatische, theoretisch verwaschene progressive, antiautoritäre Haltung.

2. Der theoretische Gehalt der traditionellen Linken ist generell geschwunden, ein Ergebnis des Zusammenbruchs des „Realsozialismus“ 1989/91. Es gibt keinen Sozialismus mehr, der sich im Sinne des Marxismus „von der Utopie zur Wissenschaft“ entwickelt hätte. Es fehlen dieser zeitgenössischen Linken die stützenden Staatsparteien, die KPdSU, die SED und vergleichbare Parteien. Diese Parteien standen als Machtorganisation und als Finanzier hinter den schwächeren „Bruderparteien“. Oft garantierte ein terroristischer staatlicher Geheimdienst die ideologische Geschlossenheit. Diese Stütze, die „Linientreue“ erzwang, fehlt heute, und die genannten Parteien sind von geschlossenen Staatsparteien zu gewöhnlichen Parteiorganisationen mit innerem Streit und Spannungen geworden. Auch die heutige Partei „Die Linke“ (umbenannte SED) ist keine leninistische Kaderpartei mehr, wie die SED es seit 1951/52 war. Sie bezeichnete sich damals als „Partei neuen Typus“. Die heutige Nachfolgerin ist keine ideologisch geschlossene marxistische, leninistische, stalinistische, maoistische Kaderpartei mehr, sondern ein Sammelsurium grüner, ökologischer, zum Teil restaurativer, am Realsozialismus orientierter sozialdemokratischer, progressiver Gleichheitsvorstellungen. Zum Teil handelt es sich um eine Protesthaltung, die den status quo, kritisch distanziert bis offen ablehnend, betrachtet.
3. An dieser Stelle ist noch ein Blick auf den bisher pauschal behandelten Antifaschismus nötig. Er ist das Restideologem der Linken mit Bindekräften über die engeren Parteigrenzen hinaus. Bereits die SED hatte 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone den Antifaschismus als Bindemittel zur Fesselung der „bürgerlichen“ Parteien benutzt. Im „Block der antifaschistischen Parteien“ waren sie unter der Vorherrschaft der SED zusammengefaßt und der Vormundschaft der SED ausgeliefert. Im Verlauf der „Bewältigung der (nationalsozialistischen) Vergangenheit“ hat der Antifaschismus auch in den westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik Deutschland überlebt. Als „Anti-Rechts-Einstellung“ eint die antifaschistische Grundhaltung die etablierten bürgerlichen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne. Nach anfänglicher Ausgrenzung 1989/90 ist die heutige Linkspartei in den Kreis dieser sich „demokratisch“ nennenden Parteien aufgenommen. Die Akzeptanz geht bis zur Regierungsbildung unter der Marke Rot-Rot-Grün.

4. Was die Ideologie-Restbestände betrifft, so besteht der Antifaschismus aus bloßen Anti-Vorstellungen: Anti-Rassismus, -Imperialismus, -Sexismus, -Militarismus (Aufrüstung) und Kampf gegen Atomwaffen. Konstruktive Vorschläge gibt es kaum.
5. Seit etwa 2010 hat die linke Gewalttätigkeit zugenommen. Bezeichnend ist die Tendenz, die linken Gewalttaten, die in der Regel antifaschistisch, als „Kampf gegen Rechts“, begründet werden, zu bagatellisieren. Die Medien sprechen bei linken Gewalttaten selten von „Linksextremen“, sondern von „Autonomen“. Das steht im Gegensatz zur Beurteilung von rechten Taten, wo kein Unterschied zwischen „rechts“ und „rechtsextrem“ gemacht wird.

Zu behandeln ist jetzt noch ein wichtiges Problem, nämlich die Beantwortung der Frage, warum es den Linken (besser: den Progressiven) gelungen ist, sich lange Zeit als Meinungsführer durchzusetzen. (Siehe hierzu die Broschüre „Die Linken – Gebrochen, Zerbrochen, Zerfallen“, auch von den Deutschen Konservativen herausgegeben, Juni 2018, S. 14–19).

Zur Erläuterung stützen wir uns auf das Werk des französischen Historikers und Kulturwissenschaftlers Paul Hazard (1878-1944), der die Zeit der Aufklärung seit 1680 erforschte. Viele Jahrhunderte lang hatten die Religionen das Denken und Handeln der Menschen bestimmt. Zum Beginn des Zeitalters der Entdeckungen und Erfindungen änderte sich das. Die Entdeckung Amerikas 1492, des Seeweges nach Ostindien 1498, die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern um 1450 schufen ebenso ein neues Bild von der Erde und verschiedenen Völkern wie die großen Pestepidemien in der Mitte des 14. Jahrhunderts. Astronomische Erkenntnisse erschütterten das religiöse Weltbild. Nikolaus Kopernikus wies nach, daß die Erde nicht der Mittelpunkt der Schöpfung ist, sondern eine astronomische Randposition einnimmt. Diese astronomischen Erkenntnisse und die Reformation erschütterten den geistigen Führungsanspruch der Kirche nachhaltig. Fortschrittliches Denken bedeutete nicht nur von den Bindungen an kirchliche Dogmen abzurücken, sondern weitete sich aus auf eine allgemeine Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Strukturen. Paul Hazard hat in zwei grundlegenden Studien diese Entwicklung geschildert: Die Krise des europäischen Geistes 1680-1715 (deutsch: Hamburg 1939) und: Die Herrschaft der Vernunft. Das europäische Denken im 18. Jahrhun-

dert (deutsch: Hamburg 1949). Es geht hier darum, aus der Zeit der Aufklärung stammende linke und progressive Tendenzen zu erklären. Das im religiösen Glauben wurzelnde Denken löste sich auf. Eine Sichtweise, die menschliches Selbstbewußtsein und die Gestaltbarkeit bisher als gottgewollt hingenommener Verhältnisse ansah, wurde modern. Der astronomische, geographische und medizinische Fortschritt ließ die Lebensverhältnisse als machbar, von Menschen gestaltbar erscheinen. Der Fortschritt brachte Neues, zugleich erleichterte er das Leben. Der medizinische Fortschritt erbrachte die Heilung bisher unheilbarer Krankheiten, die Entdeckungen bereicherten Europa. Seit der Aufklärung befindet sich das Weltbild in immer weitergehender Fortentwicklung von religiöser Geschlossenheit hin zur Individualisierung und zum Ausbau der Machbarkeit (Gestaltbarkeit) der Lebensverhältnisse selbstbewußter werdender Menschen.

Der Wissenssoziologe Karl Mannheim (1893-1947) hat in seinem grundlegenden Werk „Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus“ (1935) den Begriff der „Fundamentaldemokratisierung“ geprägt. Dieses Prinzip beschreibt die Emanzipation des unselbständigen Untertanen zum selbstbewußten Staatsbürger. Die bürgerliche Leistungsgesellschaft löste mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts die bisherige Strukturierung der Agrargesellschaft durch ständische Privilegien ab. Nicht mehr die soziale Abstammung bestimmte die Lebenschancen, sondern wirtschaftlicher Erfolg.

Es versteht sich, daß hier ein Ursprung der linken, progressiven Welttendenz liegt. Im beginnenden Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts saßen die progressiven, für Gesellschaftsveränderung, für die Umwandlung der bisherigen Verhältnisse eintretenden Abgeordneten auf der linken Seite des Plenarsaales. Links und fortschrittlich gehörten also damals zusammen. Die menschenfreundliche Absicht, die sozio-ökonomische Lage insbesondere der ärmeren Teile der Bevölkerung zu bessern, verlieh den Ideen und dem Handeln der Linken eine besondere – auch moralische – Schubkraft. Es gelang ihnen auch, das Ansehen der Konservativen herabzusetzen mit dem Hinweis auf deren Absicht, die alten Verhältnisse zu „konservieren“.

Wir werden sehen, daß sich im Laufe der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung das Verhältnis von Linken und Fortschritt genauso verändert hat, wie die Konservativen des 21. Jahrhunderts sich seit den Anfängen dieser Bewegung weiterentwickelt und gewandelt haben.

3. Die nationalen Gründe einer zeitweiligen linken Meinungsführerschaft

Zur Erklärung des „Weltverständnisses“ der linken (progressiven) Meinungsführerschaft kommt für Deutschland eine nationalgeschichtliche Besonderheit hinzu.

Als Reaktion auf die „rechten“ (nationalistischen, rassenideologischen) Herrschaftssysteme kam es nach dem Zusammenbruch des italienischen Faschismus (1943/45) und des deutschen Nationalsozialismus (1945) zu einer kurzzeitigen „antifaschistischen“ Welle, die unter dem Eindruck des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes nach 1946 zunächst wieder an Bedeutung verlor. Es kam damals zu Versuchen eines einheitlichen Zusammengehens von Kommunisten und Sozialdemokraten 1945/46. Unter Leitung des Sozialdemokraten Hermann Louis Brill wurde noch vor Kriegsende, am 13.4.1945, von ehemaligen Häftlingen des NS-Konzentrationslagers Buchenwald, zu denen Brill gehörte, ein „Manifest der demokratischen Sozialisten“ beschlossen, das die Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten vorsah. (Peter Brandt/Herbert Ammon (Herausg.): Die Linke und die nationale Frage. Reinbek: Rowohlt 1981, S. 58-63). Auch die hessische Landesverfassung von 1946 sah ähnliche sozialistische Maßnahmen vor, wie die spätere DDR-Verfassung (1948/49): Sozialisierung des Bergbaus, der Metallindustrie, des öffentlichen Verkehrswesens und einer „Bodenreform“, die den privaten Großgrundbesitz abschaffen sollte.

Erst der sich verschärfende Ost-West-Konflikt verdrängte die Verwirklichung dieser Absichten, die aber 1945/46 durchaus zeitgemäß waren.

Diese Linkstendenzen erklären sich als Reaktion auf die Rechtsdikturen in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern, die 1945 beseitigt wurden. Nun ging es darum, durch Maßnahmen der „Umerziehung“ eine Fortsetzung oder Renaissance derartiger Systeme zu verhindern. Allerdings wurde zunächst der Durchmarsch der „Antifaschisten“ durch die Institutionen verhindert, weil ihre Tätigkeit durch den erstarkenden Antikommunismus stark eingeschränkt wurde. Die Abwehr des aggressiven Sowjet-Imperialismus erschien wichtiger als der „Kampf gegen Rechts“. Immerhin fand unter dem Schlagwort „Antitotalitarismus“ eine Ablehnung sowohl des rechten als auch des linken Extremismus statt. Die politische Stagnation der Nachkriegsjahre brachte ab 1968 eine neue linke Welle hervor, die den „Antifaschismus“ als Einfluß-Instrument

benutzte. Diese Periode endete 1989/91 mit dem Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Systeme und ihrer ideologischen Bestandteile.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß trotz des ideologischen Zusammenbruchs der linke Einfluß auf Institutionen, Medien und Behörden erhalten blieb. Eine Tabelle über den politischen Niedergang bei Wahlen mag deshalb aufschlußreich sein, auch wenn hier nur einseitig die sozialistischen Parteien berücksichtigt sind. Hier wird der Niedergang bei Wahlen für den Zeitraum von 1995/97 bis 2018 gezeigt:

Norwegen	von 35,0%	auf 27,4%
Finnland	von 28,3%	auf 16,5%
Schweden	von 35,9%	auf 26,3%
Großbritannien	von 43,2%	auf 40,0%
Dänemark	von 35,9%	auf 26,3%
Niederlande	von 29,0%	auf 5,7%
Deutschland	von 40,9%	auf 20,5%
Belgien	von 11,9%	auf 11,7%
Frankreich	von 23,5%	auf 5,7%
Österreich	von 38,1%	auf 26,9%
Italien	von 21,1%	auf 18,7%
Portugal	von 43,8%	auf 32,3%
Spanien	von 37,6%	auf 22,6%
Griechenland	von 41,5%	auf 6,3%

(Zusammenstellung nach „Stern“, 31.10.2018, S. 92)

Dabei bleibt bemerkenswert, daß die Sozialisten einem erheblichen sozialen Wandel unterliegen. Im 19. und 20. Jahrhundert waren sie Arbeiterparteien, die für die Emanzipation der sozial Schwachen, der politisch Benachteiligten eintraten – was in vielen Fällen durchaus erfolgreich war. Heute sind diese Parteien hinsichtlich ihrer Mitglieder, Funktionäre und Wähler verbürgerlicht. Linke Intellektuelle und Angehörige des sozialen Mittelstandes sind ihre neue Gefolgschaft. Theoretisch ist dieser Wandel nicht bewältigt, aber praktisch haben sich die Parteifunktionäre der Vertretung von Minderheiten zugewandt: Frauenbewegung, sexuelle Minderheiten, Jugend- und Altersarmut sowie Immigranten sind die gesellschaftlichen Strömungen, die sozialpolitische Aufmerksamkeit finden.

Ein Faktor der linken Unterwanderung des öffentlichen Lebens in Deutschland, der gerne beschwiegen wird, ist der fortwirkende Einfluß

der DDR-Staatssicherheit. Wenn hier das verharmlosende Argument auftaucht, das sei Vergangenheit, so zeigt ein Blick darauf, daß sie durchaus Bezüge zur Gegenwart haben kann. Der erste Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, der spätere Bundespräsident Joachim Gauck, bezifferte die Zahl der noch unerkannt in der alten Bundesrepublik lebenden Stasi-Agenten auf 20.000–30.000 Personen. Die gern gebrauchte Ausrede, hier handele es sich um Verschwörungsphantasien, trifft nicht zu, denn es gibt Untersuchungen, die ganze Namens- und Organisationsverzeichnisse enthalten. Es handelt sich um das Buch der beiden ehemals leitenden Stasi-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer: Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hamburg. Carlsen Verlag 1992, Peter Ferdinand Koch: Die feindlichen Brüder. Bern, München: Scherz-Verlag 1994 und Friedrich-Wilhelm Schломann: Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns. Berlin: Ullstein 1994. Diese Enthüllungen führen Spitzel namentlich auf. Sie zeigen zwar die Situation vor über zwanzig Jahren, aber sie enttarnen doch mit zuverlässigen, genauen Angaben einen Zustand der Beeinflussung, deren Fortwirkung zu untersuchen sehr wünschenswert wäre.

Allerdings hat sich die Zielsetzung infolge des realsozialistischen Zusammenbruchs geändert. Es geht um ein neues Lebensgefühl mit dem Ziel, zunächst einmal die bestehende demokratische Ordnung zu destabilisieren. Die heutigen Linken wollen Anhang und Wirkung nicht mehr mittels ihrer positiven Gestaltungsvorstellungen erreichen, sondern durch die Propagierung von Feindbildern. Sie bekämpfen deshalb vermeintliche Gefahren durch „Rechte“ und deren Traditionen.

4. Die Linken im Spiegel der Kritik und Selbstkritik

Der blamable Zusammenbruch des Anspruchs, der Sozialismus habe sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt und sei zu zuverlässigen Prognosen imstande, hat bei nachdenklichen Linken Kritik an diesen ideologischen Ansprüchen ausgelöst. Die Schuld wird weder nur bei „den Anderen“ gesucht, noch erfolgen unbelehrbare Versuche, die Vergangenheit zu rechtfertigen. Es wird versucht, einen besseren Sozialismus als den vergangenen zu konstruieren, dem manchmal abgesprochen wird, ein wahrer Sozialismus gewesen zu sein. Diesen zu schaffen, sei noch eine Zukunftsaufgabe. Der Versuch, die Reaktionen auf die Niederlage von 1989/91 zu erfassen, führt zu folgender Übersicht:

1. Abwendung vom Realsozialismus aus echter Erschütterung über das politische und moralische Versagen. Beispiele sind das Geschick von Günter Schabowski. Ehemaliges SED-Politbüro-Mitglied, wurde er mit anderen 1989/90 aus der SED ausgeschlossen. Ein opportunistisches Verhalten, das den westlichen Demokraten den Wandel der SED zeigen sollte. Schabowski trennte sich daraufhin völlig von der SED, dem Sozialismus und allen Neuerungsversuchen. Auch das Schicksal des ehemaligen SED-Oberbürgermeisters von Dresden, Wolfgang Berghofer, gehört in diesen Zusammenhang. Er versuchte nach 1989 eine Annäherung an die SPD, die damals jedoch zu keiner Art der Zusammenarbeit bereit war und ihn und andere wandlungswilligen „Realsozialisten“ zurückwies.
2. Es gab die Gruppe der Unbelehrbaren, die am gescheiterten DDR-Modell festhielten. Zur Rechtfertigung diente die Behauptung, der Zusammenbruch sei durch Verrat herbeigeführt worden. Sowohl das theoretische Niveau als auch die Wirkung sind nicht bemerkenswert.
3. Zahlreiche SED-Intellektuelle versuchten, die Niederlage mit rationalen Argumenten zu „bewältigen“. Sie wollten den etablierten Sozialismus der SED-Herrschaft überwinden, aber die sozialistische Idee erhalten. Dem diente die Argumentation nach dem Grundsatz: So wie es war, war es gut gedacht, aber schlecht gemacht. Der wahre Sozialismus sei überhaupt noch nicht realisiert worden. Es habe sich bei der DDR um einen unfreiheitlichen „preußischen“ Sozialismus, um eine stalinistische Diktatur gehandelt. Der Zusammenbruch habe deshalb der reinen Idee nicht geschadet, da diese erst noch verwirklicht werden müsse. Das Menschenbild der Gleichheit bleibt, es geht um „gerechte“ Verteilung des Reichtums und die Fürsorge für benachteiligte Minderheiten. Antirassismus und vor allem Antifaschismus sind wichtige Teilelemente dieser Rest-Ideologie.
4. Die Partei „Die Linke“ (ursprünglich: SED-PDS) ist keine Neugründung, sondern die Fortsetzung der SED. Als zahlreiche ehrlich erschütterte Mitglieder und Funktionäre 1989 für eine Auflösung der Partei eintraten, rettete der neue Vorsitzende Gregor Gysi die bestehende Organisation mit dem Hinweis, daß bei einer Auflösung das sehr große Vermögen der Partei verloren gehe. Bei einer

bloßen Umbenennung bliebe es erhalten. So geschah es. In organisatorischer Hinsicht ist die später mehrfach umbenannte Partei nicht die Nachfolge, sondern die Fortsetzung der SED. Allerdings gilt dies in organisatorischer Hinsicht. Was die Ideologie anbelangt, hat es Änderungen gegeben, wie sie vorstehend geschildert wurden.

5. Auch die gesellschaftliche Stellung der Partei hat sich geändert. Der Verlust des stützenden Staatsapparates und die Schrumpfung der Mitgliederzahl von über zwei Millionen auf wenige Tausend hat Anpassungen an die veränderte Lage erzwungen.

Eine Minderheit gewaltbereiter Sektierer, Anarchisten, Autonomen, Maoisten, die es schon vor 1989 als Kritiker des etablierten Kommunismus gab, fühlte sich durch den Verlauf der Geschichte bestätigt und zu Aktionen angeregt.

Diese kurze Übersicht zeigt, daß es trotz des Endes des Sozialismus/Kommunismus als geschlossene Ideologie eine große Anzahl von Splittergruppen und unorganisierten Linksintellektuellen gibt, die zum Teil durch ihre Positionen Einfluß auf die Öffentlichkeit ausüben können. Es wurde bereits erwähnt, daß ihre Restideologie vorwiegend aus einer Definition von Feindvorstellungen besteht. Ihnen fehlt die Erkenntnis, daß die soziale Schicht, die Boden der Linken/Sozialisten war (Proletariat, wirtschaftlich Abhängige, Benachteiligte) sich gewandelt hat, z.T. durch die sozialistische Sozialpolitik. Da diese Schichten verbürgerlicht sind, haben sie sich von ihrer ideologischen Quelle entfernt. Das Bewußtsein des Wandels, verursacht durch technologischen Fortschritt, Globalisierung und Digitalisierung ist nur unklar und in geringem Maße vorhanden. Auch wenn konkrete Gestaltungsvorstellungen mangels Erfahrung noch nicht durchgesetzt werden können, so wäre doch eine Weckung und theoretische Vertiefung des Problembewußtseins nötig.

Eine gute Übersicht über die Kritik an der Linken bietet Francis Fukuyama (Gegen Identitätspolitik. In: Der Spiegel 13.10.2018, insbes. S. 122f.) Er nennt dort Gründe für das wandlungsbedingte Ende der Linken. Bereits seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts befinden sie sich in einer entwicklungsbedingten Krise. Die Arbeiterschaft sei in den meisten industrialisierten Ländern wohlhabender geworden und mit der Mittelschicht verschmolzen, so daß die linken Vorstellungen von revolutionärem Wandel wirkungslos wurden. Die Kommunisten

seien durch den Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus und die marktwirtschaftliche Öffnung des chinesischen Kommunismus 1978 untergegangen, die Sozialdemokraten hätten Frieden mit dem Privatkapitalismus geschlossen. Die Linken hätten sich von der Arbeiterschaft abgewendet und sich der Vertretung neuer, z. B. ethnischer Minderheiten zugewendet.

Es ist nicht möglich alle Zitate dieser Kritik und Selbstkritik zusammenzustellen. Deshalb muß es genügen, die generelle Tendenz zusammenfassend zu erwähnen. Dazu gehört die doppelte Abkehr von traditionellen Schichten: Die ehemalige Arbeiterklasse hat sich vom Proletariat zum Mittelstand gewandelt und sich von überlieferten sozialistischen Vorstellungen getrennt. Gewandelt hat sich auch die führende intellektuelle und organisatorische Führungsschicht der Linken: mit dem Wandel von Fabrikarbeitern zu Bildungsbürgern geht eine Abkehr von den Problemen der Benachteiligten einher. Ethnische und transkulturelle Minderheiten werden stärker berücksichtigt. Also eine doppelte Entfremdung, welche die Abkehr bisheriger Mitglieder und Wähler von den etablierten linken Parteien erklärt. Öfter wird auch die abstoßende Arroganz linker Funktionäre gegenüber ehemaligen Anhängern kritisiert. (So Timothy Garton Ash: Spiegel-Gespräch, in: Der Spiegel, 14.7.2018, bes. S. 30). Eine sehr interessante Kritik an der Abkehr der Sozialdemokraten von der Schicht der sozioökonomisch Benachteiligten seitens der linksintellektuellen Führungsschicht der Partei liefert der frühere Göttinger Sozialwissenschaftler Franz Walter: Die SPD. Biographie einer Partei. Von Ferdinand Lassalle bis Andrea Nahles. Reinbek: Rowohlt 2018. Die sozialdemokratische Elite habe wenig von den Problemen der Menschen „da unten“ verstanden.

Eine Zusammenfassung über die Äußerungen zur Selbstkritik und Kritik an der Linken: Neben echter moralischer Erschütterung über die Entartung des theoretischen Sozialismus zum „realexistierenden“ Sozialismus stehen Versuche einer rationalen sozialwissenschaftlichen Analyse des gesellschaftlichen Wandels, der von den Funktionären nicht rechtzeitig verstanden und angenommen wurde. Es geht um den Wandel der bisherigen Industriegesellschaft in die Digitalisierung und Globalisierung. Da diese Wandlung allerdings noch in den Anfängen steht, bleibt es schwierig, zu sicheren Aussagen zu kommen.

Bezeichnend mag sein, daß von Seiten einiger Funktionäre der Partei „Die Linke“ eine Distanzierung zur SED versucht wurde. Diese wurde

als starres bürokratisches System bezeichnet, manchmal als „preu-
bischer“ oder „Militär-Sozialismus“. Die Kritik sah einen neuen, demo-
kratischen Sozialismus vor, der durch den Zusammenbruch von 1989/91
nicht desavouiert sei, da es ihn vorher noch gar nicht gegeben habe.
Die seit 1990 praktizierte Haltung tritt nicht mehr mit dem Anspruch
eines „wissenschaftlichen Sozialismus“ auf, sondern beschränkt sich
auf sozialpolitische Einzelmaßnahmen. Die Selbstrechtfertigung der
Partei beruht auf der Behauptung, die SPD habe die Bindung an den
Sozialismus als konsequenten Antikapitalismus aufgegeben, so daß
„Die Linke“ heute zu dessen Wahrung nötig sei.

5. Die SPD rückt nach links

Wegen ihrer Bedeutung als Regierungspartei auf Bundes- und Landes-
ebene ist eine besondere Aufmerksamkeit für die SPD als Linkspartei
angebracht. Deshalb kommen wir hier nochmals auf sie zurück. Sie hat
im Laufe ihrer über hundertjährigen Geschichte mehrere ideologische
Wandlungen durchlaufen, die stets eine Reaktion auf den sich än-
dernden Zeitgeist darstellten. Hier soll aber nicht ein genereller histo-
rischer Überblick gegeben werden, sondern eine Erklärung für den Be-
deutungsverlust versucht werden, der seit 2005 bei Wahlen deutlich
geworden ist. Diese Entwicklung hat im Ausland z. T. bereits früher ein-
gesetzt. Es liegt nahe, sich auf die Einschätzungen kritischer Sozialde-
mokraten zu stützen. Hier ist an hervorragender Stelle der bereits er-
wähnte (emeritierte) Göttinger Sozialwissenschaftler Franz Walter zu
nennen. Als Grund für die Wirkungslosigkeit der Sozialdemokratie wird
angegeben, daß sie den Charakter einer Weltanschauungspartei verlo-
ren habe. Infolgedessen verfechte sie im Einfluß- und Meinungskampf
zwar viele Spezialthemen, aber kein (ideologisches) Generalthema. Das
bedeutet: Hier wird eine Sozialpolitik zugunsten Benachteiligter ver-
schiedener Arten vertreten, die aber genausogut von jeder anderen
Partei behandelt werden könnte. Diese Unbestimmtheit führt zur Ab-
wendung vieler bisheriger Anhänger. Ein solcher Einflußverlust läßt sich
bei fast allen sozialdemokratischen Parteien im Bereich der Europä-
ischen Union feststellen – mit einer Ausnahme: Der Vorsitzende der bri-
tischen Labour Party, Jeremy Corbyn, hat seine Partei mit einer schar-
fen Linkswendung bei den letzten Wahlen stabilisiert und erhofft von
einer mindestens partiellen Re-Ideologisierung weitere Erfolge. Er pro-
pagiert eine Politik, die auf Werten basiert. Den Menschen solle Hoff-
nung vermittelt werden. Zwar sei die Verzweiflung in der Bevölkerung

über den sozialen Wandel sehr groß, aber der dadurch entstehenden negativen Einstellung solle durch eine Neuverteilung des Reichtums begegnet werden. (Spiegel-Gespräch 10.11.2018, S. 96 f.) Zu den geplanten Maßnahmen gehören eine „Nationalisierung“ des Eisenbahn- und Stromnetzes, Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und generell eine radikale Alternative zur Politik der derzeitigen konservativen britischen Regierung (a.a.O., S. 98)

Das alles berührt nicht die Probleme der gegenwärtigen 4. Industriellen Revolution, der Digitalisierung und Globalisierung. Eine neue, zeitgemäße Gesellschaftstheorie besteht nicht, sondern es wird nur die Behandlung von sozialpolitischen Einzelthemen angeboten. Als Ersatzideologie dient vor allem der Antifaschismus als Kampf gegen Rechts. Der Antifaschismus hat seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts zwei Dimensionen: Einmal gelten die „Faschisten“ als Prätorianergarde des Kapitals. Die Kapitalisten bedienen sich im Kampf gegen die sozialistische Arbeiterklasse des „Faschismus“ als Hilfstruppe. Nur wenn die Kapitalisten enteignet werden, ist der Faschismus zu besiegen. Antifa ist also Bestandteil des Sozialismus. Es gibt aber auch eine zweite Dimension des Antifaschismus, die von bürgerlicher Seite vertreten wird. Diese wollen keine Gesellschaftsveränderung, sie bekämpfen die Rechte, die Konservativen, aus moralischen und historischen Gründen. „Nie wieder Krieg und Faschismus“ ist ein typisches Schlagwort dieser Richtung. Bezeichnend für die Linke ist aber die Orientierung an einem Feindbild, die bestenfalls als Ideologieersatz gelten kann.

Bisher ist der SPD eine Re-Ideologisierung mit positiven Zielsetzungen nicht gelungen.

6. Die Schwäche der Rechten

Seit den blutigen Niederlagen der rechten sozialistisch-nationalistischen, z.T. rassistischen Bewegungen – des italienischen Faschismus 1943/45, des deutschen Nationalsozialismus 1945 und des spanischen Franco-Regimes Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts haben die verbliebenen „rechten“ Organisationen keinen staatlichen Rückhalt mehr. Sie unterliegen stattdessen polizeistaatlichen Überwachungsmaßnahmen und werden von ihren Gegnern international geächtet.

Dennoch haben die in der Tradition nationalkonservativer Bewegungen stehenden Organisationen seit dem zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts bemerkenswerte Wahl- und z. T. auch Regierungserfolge zu verzeichnen. Ihre generelle Schwäche liegt in der Tatsache, daß es sich meistens um Ressentimentbewegungen handelt. Sie sind vorwiegend gefühlsgesteuert und werden von der Unzufriedenheit über Alltagsprobleme getragen. Es handelt sich um Gefühlswallungen, die mangels einer stützenden Ideologie keinen Bestand haben. Es muß zur Zeit noch offenbleiben, ob die gegenwärtigen „Rechten“ ihren Charakter als Ressentimentbewegungen überwinden können. Nur wenn es ihnen gelingt, eine fundierte politische Theorie zu entwickeln, werden sie auf Dauer bestehen und ihren Einfluß sichern können. Eine zuverlässige Prognose ist zur Zeit nicht möglich. Die Sozialwissenschaften haben sich in der Vergangenheit öfter mit ihren Voraussagen blamiert. Der Aufstieg des Islam, das Ende des Realsozialismus – nichts wurde vorausgesehen. Es genügt aber für die Gegenwart, die sichere Aussage zu machen, daß die derzeitige Schwäche der „Rechten“ ein Grund für die Teilerfolge der Linken ist, denen ihre Stellung im öffentlichen Leben und die Selbstrechtfertigung mittels des Antifaschismus nicht streitig gemacht werden konnte.

7. Das Fazit

Zum Abschluß machen wir den Versuch trotz aller Unsicherheiten der Entwicklung eine Ortsbestimmung vorzunehmen. Was können wir wissen, was sollen wir tun, um den Einfluß der moralisch und ideologisch zusammengebrochenen Linken auch hinsichtlich ihrer verbliebenen Restposten zu beseitigen? Grundlegend ist die Einsicht, daß wir in der Zeit eines epochalen Wandels leben. Alte Vorstellungen verlieren ihre Prägekraft, neue Strukturen, Werte, Konventionen, soziale Milieus (Berufe!) und Rituale entstehen. In dieser Situation geistiger Unsicherheit und Orientierungslosigkeit kann der Konservatismus als Stütze, als Wegweiser dienen. Vertrautes hat die Aufgabe, psychische Sicherheit zu gewährleisten. **Daran** haben es die linken Progressisten fehlen lassen.

Die Aufklärung des 17./18. Jahrhunderts hat Fundamentaldemokratisierung, – politisierung, –Individualisierung hervorgerufen (Paul Hazard, Karl Mannheim, siehe Lit.verz.). Alle reden in öffentlichen Angelegenheiten mit, getragen und angeleitet vom Bewußtsein der Machbarkeit, das

persönliche Schicksal weitgehend selbst zu bestimmen. Die Verhältnisse sind nicht gottgewollt, sondern unterliegen menschlichem Einfluß, eben der Machbarkeit. Was im 17. Jahrhundert begann, hat sich heute bis zum Epochenwandel gesteigert. Seit dem 19. Jahrhundert bewegt sich der Fortschritt in rasantem Tempo. Industrialisierung, Elektrifizierung, Technisierung der Arbeitswelt, Demokratisierung und Ideologisierung des öffentlichen Lebens führten zu einer Pluralität der Weltbilder mit der Folge einer Aufspaltung der Gesellschaft. Die negative Nebenwirkung dieser Pluralität war aber nicht, wie gewünscht, eine Einheit in Vielheit, sondern die Auflösung der Einheit und infolgedessen Orientierungslosigkeit, aber Orientierungsbedürfnis. Die Ideologien, Liberalismus, Sozialismus, Nationalismus lieferten im 19. und 20. Jahrhundert diese Orientierung, hatten aber in der internationalen Politik verheerende Folgen. Heute, nach dem Zusammenbruch dieser Ideologien am Ende des 20. Jahrhunderts, wird die Pluralität zunehmend kritisch betrachtet und eine Stärkung neo-autoritärer Tendenzen zur Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhanges beobachtet. Hier gibt es verschiedene Arten: Da ist zum einen die Expertokratie von technologischen Fachleuten. Sie beschäftigen sich mit künstlicher Intelligenz, vor allem mit Robotertechnologie. Konfliktrichtig ist hier die Möglichkeit der Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Digitalisierung. Ein anderer Zugang zu autoritären Problemlösungen bietet das Vorbild Chinas. Der dortige Aufschwung von einem Entwicklungsland zu einer führenden Industrie- und Wirtschaftsmacht ergibt sich aus der Effektivität einer zentral organisierten Sozialordnung. Eine herrschende Minderheit bedient sich einer straff geführten Partei, die eine Lenkung der Bevölkerung durch ein Punktesystem betreibt. Nach traditionellen westlichen Vorstellungen hebt dies Freiheit und Selbstbestimmung auf. Jedenfalls zeigen diese Beispiele, daß autoritäre Tendenzen zwecks Bündelung und nicht Aufspaltung der gesellschaftlichen Kräfte eine zunehmende Tendenz haben. Vermieden werden soll die Aufspaltung der Gesellschaft in Kleingruppen ohne Gemeinschaftsbewußtsein. An dieser Stelle setzt die Möglichkeit eines modernen, zeitgemäßen Konservatismus ein. Die Verbindung von Neuerungen mit den Erfahrungen bewährter Traditionen kann die Verunsicherung durch unverständene Änderungen vermeiden. Autoritäres Handeln auf dieser Grundlage hat nicht die Aufgabe der rücksichtslosen Gleichschaltung und Unterdrückung, sondern der Stabilisierung auf der Basis geistig-kultureller Traditionen, deren Nutzen in der Daseinsorientierung liegt. Auf diese Weise wären demokratische Freiheits- und Selbstbestimmungsbestrebungen verbunden mit Traditionen, die unverzichtbar sind, weil sie psychische

Stabilität und Daseinsorientierung vermitteln. Was aber hat dies mit dem Versagen der Linken zu tun? Die Konservativen sollten sich aufmerksam um die linken Ideen kümmern, weil diese (oftmals utopische) Weltverbesserungsvorschläge enthalten. Auch wenn diese wirklichkeits- und realitätsferne Wunschbilder sind, haben sie doch eine gewisse mitreißende Kraft. Nach Reduzierung auf einen realistischen Kern können sie übernommen werden. Demokratiekritik ist zeitgemäß. Allerdings sollte jede linke Funktionärsherrschaft vermieden werden, deren negative Auswirkungen aus der Zeit des Realsozialismus bekannt sind. Als Fazit bleibt: Die linken Theorie-Utopien sind in der Praxis gescheitert. Dennoch haben sie einen Kern, den zu studieren und kritisch, sehr kritisch fortzuentwickeln ein weiterführendes Zeichen der gegenwärtigen Problembewältigung ist.

Die Erkenntnis- und Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen sind begrenzt. Politische Prognosen sind meistens fehlgeschlagen (Siehe hierzu Brehmer, Lit. Verz.). Trotzdem sollte versucht werden, die Erfahrungen nutzbar zu machen, um menschengemachte Katastrophen, an denen die Geschichte reich ist, zu vermeiden.

Es gilt auch hier das Zitat von Bertolt Brecht: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Der Autor



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter stammt aus Stralsund, wo er 1934 geboren wurde. Dort lebte er, bis die politischen Verhältnisse der DDR die Familie zur Flucht nach West-Berlin zwangen. Die negativen Erlebnisse unter der Herrschaft des „Real-Sozialismus“ haben ihn in allgemein menschlicher und politischer Hinsicht stark geprägt. Nach dem Abitur 1954 studierte er Geschichte und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Im Jahre 1960 Promotion und 1971 Habilitation an der Universität Bonn, dort von 1972 bis 1996 Professor für Politische Wissenschaft.

Hauptarbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Ideengeschichte, politischer Extremismus, insbesondere des linken Spektrums.

Zeitweilig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung (1985-1989) und Gastreferent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Heimerzheim bei Bonn.

Hauptveröffentlichungen: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Bonn 1961, 2. Aufl. 1962. Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933. Düsseldorf 1971. Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken. Frankfurt/Berlin 1993, 2. Aufl. 1994. Die Faschismus-Keule. Herrschaftsinstrument der Linken. Schnellroda 2018 (Herausg. Erik Lehnert).

Herausgeber: Mit Stefan Winckler: Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr. Graz 2002

Mit Stefan Winckler: Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind. München 2000.

Mit Josef Schüßlburner: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutzbericht. Schnellroda 2007.

Insgesamt 482 Veröffentlichungen, darunter mehrere Artikel und Broschüren der DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.

Ausgewähltes Literaturverzeichnis

Die Literaturangaben sind zum Teil kommentiert. Es handelt sich um eine Auswahl aus einer unüberschaubaren Fülle von z.T. sehr polemischen Veröffentlichungen über den Verfall der Linken und ihre Chancen, sich aus dem Jammertal zu retten. Da die Entwicklung im Fluß ist, wird die Anzahl der Publikationen auch in Zukunft steigen. Deshalb soll diese Zusammenstellung zur Weiterarbeit an diesem Thema anregen.

1. Baron, Christian: Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten. Berlin: Das neue Berlin Verlag, 2016 (Kritik eines linken Journalisten).
2. Bohnsack, Günter/Herbert Brehmer: Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hamburg: Carlsen 1992. (Unterwanderung der Bundesrepublik durch die Staatssicherheit. Die Autoren sind ehemalige Stasi-Offiziere).
3. Brandt, Peter/Herbert Ammon (Herausg.): Die Linke und die nationale Frage. Reinbek: Rowohlt 1981, besonders S. 58-63. (Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten auf Betreiben der Sozialdemokraten, bereits 1945).
4. Brause, Christina: Linksnationale haben Potenzial von bis zu 27%. In: Welt am Sonntag, 8.7.2018, S. 10. (Vorgeschichte der Wagenknecht-Sammlungsbewegung „Aufstehen“. Schwierigkeiten der Partei „Die Linke“).
5. Brehmer, Arthur (Herausg.): Die Welt in 100 Jahren. Mit einem einführnden Essay von Georg Ruppelt. Hildesheim: Georg Olms Verlag 2013, 319 S. Nachdruck der Ausgabe von Berlin, 1910. (Möglichkeiten und Grenzen der Vorausschau zeigt dieses aufregende und anregende Buch. Veröffentlicht im Jahre 1910, wurde die Zukunft in 100 Jahren, also 2010, vorausgesagt. Nach Ablauf dieser Zeit hat ein zeitgenössischer Autor, Georg Ruppelt, den ursprünglichen Text mit einem kritischen Kommentar neu veröffentlicht. Eine aufregend interessante Lektüre über Möglichkeiten und Grenzen der Voraussage.)
6. Bröning, Michael: Ja sagen zum Vaterland. Warum die Linke den Nationalstaat braucht und der Nationalstaat die Linke. In: FAZ 6.8.2018, S. 7. (Der Autor ist Mitarbeiter der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung).
7. Burger, Reiner: Moralisch wertvolle Gewalt? In: FAZ 18.11.2018, S. 8 (Moralisch wertvolle Linke Gewalt).

8. Ich bin sehr jung. Ich rauche nicht. Ich tue nichts Schädliches. SPIEGEL-Gespräch mit Labour-Chef Jeremy Corbyn. In Spiegel 46, 10.11.2018, S. 96-98.
9. Fukuyama, Francis: Gegen Identitätspolitik. In: Der Spiegel 42, 13.10.2018, S. 118-125, besonders S. 122f. (Hinweise auf Gründe für das wandlungsbedingte Ende der Linken).
10. Garton Ash, Timothy: „Ich habe nicht den Eindruck, daß man in Deutschland den Ernst der Stunde begriffen hat.“ Spiegel-Gespräch in Der Spiegel 29, 14.7.2018, S. 29-31. (China und der Neo-Autoritarismus. Effizienz als Systemlegitimation. Arroganz der (links-)liberalen Eliten).
11. Gebel, Titus: Gestern noch Staatsbürger, heute schon Dissident. Mit Linken leben. Ein Aufruf zur Verweigerung der Gemeinschaft. In: eigentümlich frei Nr. 187, Nov. 2018, S. 36-38.
12. Geiselberger, Heinrich (Herausg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp 2017.
13. Hazard, Paul: Die Krise des europäischen Geistes 1680-1715. Hamburg: Hoffmann & Campe 1939.
14. Hazard, Paul: Die Herrschaft der Vernunft. Das europäische Denken im 18. Jahrhundert. Hamburg: Hoffmann & Campe 1949.
15. Heisterhagen, Nils: Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen. Bonn: J.W.H. Dietz 2018, 352 S.
16. Heisterhagen, Nils: Die Zeit der Illusionen ist vorbei. In: FAZ 18.6.2018, S. 14. (Der Autor, Mitarbeiter der SPD-Landtagfraktion von Rheinland-Pfalz, übt scharfe Kritik an der SPD, wird gemäßregelt). (Siehe Nr. 27).
17. Hüther, Michael/Knut Bergmann: Linke Regression. In: FAZ 16.8.2018, S. 11 („Es ist das Versagen der Linken, in unseren Zeiten konstruktive Antworten auf die drei Megatrends zu finden.“ Diese sind: Migration, Globalisierung, Digitalisierung).
18. Jörke, Dirk/Oliver Nachtwey: Was tun gegen Sozialchauvinismus? In: FAZ 11.6.2018, S. 6. (Sozialer Wandel bisheriger Anhängerschichten der Sozialisten. Mit autoritären „Einstellungsmustern“ gegen sog. „Rechtspopulisten“).
19. Kaiser, Benedikt: Das Ende der linken Hegemonie. Neun Thesen zur deutschen Linken – und die Antworten von rechts. In: Die neue Ordnung, Heft 3/2016, S. 23-26 (Ares-Verlag, Graz).
20. Knütter, Hans-Helmuth: Die Faschismuskeule. Herrschaftsinstrument der Linken. Herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Erik Lehnert. Schnellroda: Institut für Staatspolitik 2018, 233 S.

- (Berliner Schriften zur Ideologiekunde 6) (Neubearbeitung der Erstausgabe von 1993).
21. Knütter, Hans-Helmuth: Die Linken. Gebrochen, zerbrochen, zerfallen. Herausgeber von den Deutschen Konservativen, Hamburg Juni 2018, 33 S.
 22. Koch, Peter Ferdinand: Die feindlichen Brüder. Bern, München: Scherz Verlag 1994. (Geheimdienste der Bundesrepublik und der DDR konkurrieren. Hinweise auf die Unterwanderung der Bundesrepublik).
 23. Kocka, Jürgen: Mit ihr zog einmal die neue Zeit. In: FAZ 10.8.2018, S. 11 (Gegen die Auflösung der Historischen Kommission der SPD).
 24. Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2001
 25. König, Jens/Axel Vornbäumen: Initiative Linksbündig. In: Stern 30.8.2018, S. 93 f. (Sahra Wagenknechts Gründung „Aufstehen“ und deren (skeptisch beurteilte) Aussichten).
 26. Kretschmann, Wilfried: „Wenn Sie eine Tugend im Fanatismus leben, wird es immer fürchterlich.“ SPIEGEL-Gespäch. In: Der Spiegel 44 / 27.10.2018 (Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg kritisiert das „Moralisieren“ der Linken und tritt für einen „neuen Konservatismus“ ein).
 27. Links wie rechts. In: Der Spiegel 38, 15.9.2018, S. 30-31 (Zum Fall SPD gegen Nils Heisterhagen, siehe Nr. 15 und 16).
 28. von Lucke, Albrecht: Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken. München: Droemer Verlag 2015.
 29. Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Leiden 1935.
 30. Maurer, Ulrich/Hans Modrow (Herausg.): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung. Berlin: edition ost 2006, 256 S. (Kritik an der PDS von links, z. T. aus der Sicht ehemaliger SED-Funktionäre).
 31. Moses, Carl: Venezuelas Lektion für Linke. In: FAZ 23.8.2018, S. 15 (Staatschef Maduros „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ hat das Land ins Elend gestürzt).
 32. Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus. Wider die kosmopolitische Illusion. Berlin: Suhrkamp 2018, 169 S. (Versuch, der ideologisch gescheiterten Linken – vor allem Linksintellektuellen – eine neue ideologische Basis zu vermitteln)
 33. Ramelow, Bodo: „Sozialismus als Vision“. SPIEGEL-Gespräch. In: Der Spiegel 43, 19.10.2009. (Der spätere Thüringer Ministerpräsident der Partei „Die Linke“ äußert vor diesem Karriereprung Aussichten über den „demokratischen“ Sozialismus).

34. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns. Berlin: Ullstein 1994.
35. Streeck, Wolfgang: Hört auf, Europa als einen Wechselbalg zu behandeln! In: FAZ 4.8.2018, S. 9 (Versuch, die SPD durch Betonung ihrer Traditionen zu retten vor der postenwahrenden Politik der gegenwärtigen Funktionäre. Sozialer Wandel der Anhänger).
36. Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei. Von Ferdinand Lassalle bis Andrea Nahles. Reinbek: Rowohlt 2018, 410 S. (Siehe auch vom selben Verfasser: Vorwärts und nicht vergessen. Ein Essay über die Heimatlosigkeit der Sozialdemokratie. In: FAZ 2.1.2018, S. 6).
37. Wiesberg, Michael: In der Faschismusfalle. Die linksideologische Durchdringung der „Mitte der Gesellschaft“. In: Junge Freiheit 41, 5.10.2018, S. 18 (Antifa als politisches Kampfmittel der Linken).
38. Žižek, Slavoj: Lenin heute. Darmstadt: WBG/AcademieVerlag 2018, 268 S. (Ablehnung des früheren Realsozialismus, statt dessen Eintreten für einen ganz erneuerten Kommunismus. Unrealistischer Wiederbelebungsversuch).



Die ausgelaugte Linke – wie sie versucht, sich zu retten

Die Linke ist im allgemeinen und besonders in Deutschland 1989/91 politisch-moralisch-intellektuell-ideologisch zusammengebrochen. Dennoch ist eine Fehleinschätzung möglich. Sie ist nur erledigt, was die Werbewirkung der Ideologie betrifft. Aber sie ist nach wie vor gefährlich, weil ihr Leichengift zersetzend auf Staat und Gesellschaft wirkt. Der „Marsch durch die Institutionen“, also die Besetzung vieler lukrativer Posten in Behörden, Medien, Verbänden hat den Linken eine institutionengestützte Stabilität verschafft, der zufolge die ideologisch-moralisch Gescheiterten trotzdem aktiv weiter vegetieren und Macht und Einfluß haben. Hauptinstrument ihrer Zielsetzung und ihres Wirkens sind der Antifaschismus und der „Kampf gegen Rechts“. Vor der Stabilisierung der Linken wird hier ausdrücklich gewarnt.

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter